Carina Konrad
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung
Ferkelkastration: Konrad fordert Klöckner zum Handeln auf

Berlin, 14.05.2018
Bezug: kleine Anfrage 19/2084
Anlagen: Antwort der Bundesregierung

Carina Konrad, MdB
Pressekontakt:
Coralie Brandt
Industriepark 17
56291 Wiebelsheim
Telefon: +49 6766 -7538020
Fax: +49 6766-7538024
carina.konrad.ma04@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Wilhelmstraße 65
Raum: 1.10
Telefon: +49 30 227-78344
Fax: +49 30 227-70345
carina.konrad@bundestag.de

Berlin. Noch bis Ende 2018 dürfen laut Tierschutzgesetz männliche Ferkel bis zum siebten Lebenstag ohne Betäubung kastriert werden. „Wie es danach weitergeht, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch völlig unklar", kritisiert die stellvertretende Vorsitzende des Agrarausschusses, Carina Konrad, Landwirtin aus dem Hunsrück. „Das Bundeslandwirtschaftsministerium muss jetzt schleunigst handeln und die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Parallel muss mit der Pharmaindustrie besprochen werden, was in der Kürze der Zeit noch machbar ist."

Grund dafür, dass in Deutschland männliche Ferkel kastriert werden, ist der sogenannte „Ebergeruch", der beim Erhitzen des Schweinefleischs zutage tritt und vom Verbraucher als unangenehm empfunden wird. Aus einer kleinen Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion an die Bundesregierung geht hervor, dass sich in anderen EU-Ländern verschiedene Verfahren etabliert haben. In den Niederlanden etwa findet eine Inhalationsanästhesie mit CO_2 Anwendung, die Konrad jedoch im Hinblick auf das Tierwohl strikt ablehnt.

„Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit Ferkelaufzucht und Schweinemast ist in den letzten 20 Jahren rapide zurückgegangen", erklärt Carina Konrad. „Wir sprechen hier von über 80 % Rückgang bei den Betrieben mit Zuchtsauen und über 60 % bei denen mit Mastschweinen. Damit sich dieser Trend im kommenden Jahr nicht fortsetzt, brauchen die Schweinebauern dringend Klarheit und eine praktikable Lösung." Sollte es in der Kürze der Zeit nicht gelingen, diese vorzulegen, so die FDP-Politikerin, müsse das Bundeslandwirtschaftsministerium unter Leitung von Julia Klöckner (CDU) einen Übergangszeitraum in die Wege leiten.